

Der Verbraucher als Platzhalter politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Interessen: Agrarwende(n) im 20. Jahrhundert

Uwe Spiekermann, Deutsches Historisches Institut Washington

Agrarpolitik war und ist stets Gesellschaftspolitik. Ihre Organisation und Durchführung als Klientelpolitik, als Politik von Bauern für Bauern, von Agrarexperten für eine hochproduktive, marktfähige Landwirtschaft, hatte und hat entsprechend stets Auswirkungen auf andere Sektoren, andere Branchen, andere soziale Klassen. Gilt dies, so ist Agrarpolitik immer auch Verbraucherpolitik gewesen: Ihre Ausgestaltung war nicht nur von der „grünen Lobby“ und von Vorstellungen des bäuerlichen Betriebes und des Bauern geleitet, sondern gründete immer auch auf einer impliziten und expliziten Deutung des Verbrauchers. Entsprechend ist es falsch, von einer Neuentdeckung des Verbrauchers im Rahmen der Agrarwende 2000/2001 zu sprechen. Diese steht vielmehr in einer langen Kontinuität einer Interessenpolitik, in der Verbraucher zum Platzhalter politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hegemonialansprüche wurden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die deutsche Agrarpolitik – von einer solchen kann man ansatzweise erst seit der staatlichen Einheit 1871 sprechen – als eine Abfolge unterschiedlicher Verbraucherpolitiken dar: Der Übergang zu einer rigiden Schutzzollpolitik 1879 war Ausdruck einer Politik zugunsten der Produzenten, zumal der Großlandwirtschaft, zu Lasten der breiten Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung, politisch vorrangig repräsentiert durch die „Reichsfeinde“ der Sozialdemokratie und des Zentrums. Diese einseitige Produzentenpolitik wurde erst während des ersten Weltkrieges aufgebrochen, als Verbraucherorganisationen staatlich anerkannt und ihr Anliegen erträglicher Preise aufgegriffen wurde: Die Landwirtschaft hatte seither dem (nationalen) Ziel von Versorgungssicherheit zu angemessenen Preisen zu dienen, erhielt dafür umfassende staatliche Hilfe. Dieser Konsens gilt faktisch bis heute, führte zur Marktintegration und zur Modernisierung der Landwirtschaft. Sozialhygiene und Vitaminlehre führten seit den 1920er Jahren zur verstärkten Integration der Gesundheitspolitik auch in der Agrarpolitik: Die deutsche Landwirtschaft galt als Garant für gesunde, einwandfreie Produkte, deren Konsum einen starken Volkskörper ermöglichte. Dies wurde während des Nationalsozialismus als Teil einer Aufartung der deutschen Rasse enggeführt. Die Etablierung von „Erbhöfen“ und der Konsum regionaler, saisonaler und gering verarbeiteter Agrarprodukte waren zwei Seiten einer Medaille. Parallel setzte sich die „Mechanisierung des Dorfes“ jedoch fort. Nach dem zweiten Weltkrieg galt die soziale Marktwirtschaft für den Agrarsektor nur für eine kurze Zeit Anfang der 1950er Jahre. Bürokratische Steuerung trat wieder an ihre Stelle, „Grüner Plan“ und europäische Integration dienten einer funktionalen Versorgung der (urbanen) Verbraucher und ermöglichten zugleich den sozial verträglichen Transfer vom Voll- und Nebenerwerbsbauernhof zu spezialisierten Agrarbetrieben. Auch in der DDR wurde die zunehmend großbetriebliche Landwirtschaft in den Dienst des Verbrauchers gestellt – und damit das Verschwinden des Bauern beschleunigt.

Die Agrarwende 2000/2001 hat trotz der seither verstärkten Förderung (und Akzeptanz) des ökologischen Landbaus keine Strukturwende bewirkt: Die deutschen Agrarexporte erreichten 2012 einen Rekordwert, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank 2010 erstmals unter 300.000. Das propagierte „Ziel einer kulturellen Veränderung“ hatte dagegen größeren Erfolg: Konsumententscheidungen wurden verstärkt moralisiert, der „gut informierte und deshalb mündige Verbraucher“ wird in das (wohl begründete) Korsett eines wissenschaftlichen Konsens über die richtige Art der Ernährung und des Essens gepresst. Wie schon in den 1920er und 1930er Jahren zielt Agrarpolitik als Gesellschaftspolitik nicht mehr allein auf die Sicherung der täglichen Kost zu günstigen Preisen, sondern integriert zunehmend Ansprüche an Qualität und Nachhaltigkeit. Dass sich eine große Zahl von Konsumenten diesen Imperativen strukturell verweigert, kann als Ausdruck von der Unmündigkeit verstanden wird. Vielleicht aber ist sie aber auch Ausdruck einer überbürdenen Agrarpolitik, die heute im Verbraucher einen Platzhalter für ambitionierte gesellschaftliche Ziele sieht.